

Anlage 1

Antrag
auf Gewährung einer Zuwendung

Bewilligungsbehörde

Antrag auf Förderung von Familien- und Lebensberatungsstellen

1. Antragsteller/in	
Name/Bezeichnung	a) Träger b) Einrichtung
Anschrift	Straße/Postleitzahl/Ort/ a) Träger b) Einrichtung (ggf. Nebenstellen)
Ansprechpartner/in	Name/Telefon (Durchwahl)/FAX/ E-Mail a) Träger b) Einrichtung (ggf. Nebenstellen)
Zuständiger Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege	
Bankverbindung	Konto-Nummer
	Bankleitzahl
	Bezeichnung des Kreditinstituts

Zweckbestimmung der Einrichtung		
	☐	Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern/Erziehungsberatungsstelle
	☐	Beratungsstelle für Jugendliche und deren Bezugsperson (Jugendberatungsstelle)
	☐	Erziehungsberatungsstelle in Verb. mit Ehe- und Lebensberatungsstelle
	☐	Mädchenberatungsstelle
	☐	Anlauf- und Beratungsstelle bei Vernachlässigung, Misshandlung, sexuellem Missbrauch / Kinderschutzambulanz
	☐	Ehe- und Lebensberatungsstelle
	☐	Ehe- und Lebensberatungsstelle mit bes. Schwerpunkt Beratung bei Schwangerschaftsproblemen und Familienplanung gemäß § 2 SchKG
	☐	Erziehungsberatung/Ehe- und Lebensberatung in Verb. mit staatlich anerkannter Beratungsstelle bei Schwangerschaftsproblemen und Familienplanung
	☐	sonstige und zwar

2. Maßnahme	
Förderung von Familien- und Lebensberatungsstellen	
Durchführungszeitraum	von /bis

3. Beantragte Zuwendung
Zu der v. g. Maßnahme wird eine höchstmögliche Zuwendung beantragt. Die Angaben zur personellen Besetzung ergeben sich aus der beigefügten Anlage

4. Erklärungen

Der/Die Antragsteller/in erklärt, dass

4.1 die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind,

4.2 er/sie

☐ mit der Maßnahme noch nicht begonnen hat und vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht beginnen wird¹,

☐ mit der Maßnahme aus folgenden Gründen begonnen hat und hiermit eine Ausnahme beantragt:

.....

4.3 er/sie

☐ keine weiteren Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln im Durchführungszeitraum zur Gesamtfinanzierung der Beratungsstelle erhält und auch nicht beantragen wird. Der Antragsteller/die Antragstellerin verpflichtet sich, die Bewilligungsbehörde über einen später gestellten Antrag unverzüglich zu unterrichten,

☐ eine Zuwendung beantragt hat/beantragen wird/erhält

in Höhe von € für

(Kostenart).....

bei/von.....

Dieser Zuschussgeber wurde/wird über diesen Antrag unterrichtet.

☐ die Gesamtfinanzierung der Einrichtung aus öffentlichen Mitteln.....v. H. beträgt.

4.4 ☐ die Anerkennung des Trägers nach § 75 KJHG/ SGB VIII vorliegt.

4.5 ☐ er /sie die Förderkriterien nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur

Förderung von Familien- und Lebensberatungsstellen vom2003

(SMBI. NRW 21630) kennt und beachten wird.

¹ Dies gilt nicht bei der Fortsetzung jährlich wiederkehrender Maßnahmen, für die im Haushaltsjahr des Vorjahres Ausgabemittel bereitgestellt worden sind und eine Änderung der Förderungsvoraussetzungen dem Grunde nach nicht eingetreten ist.

4.6 ☐ die schriftlichen Bestätigungen über die erforderlichen Absprachen nach den Richtlinien beigefügt sind.

☐ diese dem Antrag des Jahresbeigefügt waren und sich seither keine Änderungen ergeben haben.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

Blatt 1 – auszufüllen für alle Beschäftigten**Anlage**

zu Nummer 3 des Antrags auf Gewährung einer Zuwendung

1. für voll- und teilzeitbeschäftigte Mitarbeiterinnen/ Mitarbeiter

	Lfd. Nr.	Name Neubesetzung mit „N“ kennzeichnen	Ge- burts- datum	Verg./ Bes.- Gr.	Beschäftigt vom bis	Berufs- ausbildung 1) 3)	Wöchent- liche Arbeits- zeit je Mitarbei- terin/ Mitarbei- ter 1)	Be- rufs- bzw. Bera- tungs- fah- rung seit 1)	Gewährung eines Ortszu- schlags für Verheiratete ist mit „x“ zu kenn- zeichnen	Anzahl der Kin- der, für die Kin- dergeld bezogen wird
1. Fachkräfte a) Fachkraft mit Leitungs- verantwortung im Außen- verhältnis										
b) übrige Fachkräfte										
2. Mitarbeiterinnen/ Mitar- beiter im Sekretariats- bereich										
3. Praktikantinnen /Praktikanten										
4. Koordinierungsfachkraft (bei Anlaufstellen)										

1 Qualifikationsnachweise über Ausbildung und Berufserfahrung sowie Arbeitsvertrag beifügen, falls diese noch nicht vorliegen.

2 Sind in integrierten Einrichtungen, Mitarbeiterinnen/ Mitarbeiter in mehreren Bereichen tätig, so sind hier die Arbeitszeitanteile für diesen Förderbereich einzutragen.

3 Bei Beratungsstellen nach Nr. 4.2 der Richtlinie die päd.-therapeutische Fachkraft kennzeichnen.

Blatt 2 – 2. für alle Honorarkräfte

	Name	Berufsausbildung	Anzahl der voraussichtlichen Honorarstunden 1)
5. Honorarkräfte			

1) gefördert werden höchstens die im Zuwendungsbescheid des Vorjahres als förderfähig berücksichtigten Honorarstunden.